Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 9. Landesparteitages
15.11.2025, Friedrichsruhe

Beschluss

Lebenswerte Kommunen für alle – finanzielle Basis dauerhaft stärken

Zunehmend geraten Kommunen bundesweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern finanziell massiv unter Druck. Die strukturelle Finanzschwäche führt in nahezu allen Regionen des Landes dazu, dass etliche Kommunen nur eingeschränkt handlungsfähig sind, zu wenig aktiv gestalten und die Bedürfnisse vor Ort nicht mehr ausreichend bedienen können. Vielen Kommunen gelingt es kaum noch, ihren Selbstverwaltungsaufgaben nachzukommen. Die Menschen spüren dies unmittelbar.
Deshalb müssen die Kommunen strukturell und nachhaltig in die finanzielle Lage versetzt werden, alle ihre Aufgaben zu erfüllen – etwa der soziale Wohnungsbau, die Kinder- und Jugendförderung, Beratungsangebote, der öffentliche Nahverkehr, die Abfallversorgung, Kultur und Sport, Feuerwehr und Rettungsdienst, Straßen und Radwege, Klimaschutz und Klimaanpassung. Das alles und noch viel mehr gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen. Ihr Umfang und ihre Qualität entscheiden wesentlich darüber, ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen, ob sie ihren Lebensalltag problemlos bestreiten und ob sie ihre Freizeit unbeschwert verbringen können. Die wichtigen Entscheidungen werden vor Ort getroffen – in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Sie brauchen dringend die dafür erforderlichen finanziellen Rahmenbedingungen.

Verantwortlich für die Fehlentwicklung ist die Bundespolitik. Diverse Bundesregierungen haben Aufgaben übertragen, beziehungsweise die Aufgaben erweitert, ohne deren vollständige Finanzierung sicher zu stellen. In den vergangenen Jahren sind so insbesondere die Sozialausgaben für Land und Kommunen deutlich gestiegen, Tendenz steigend.
Zudem stagnieren oder sinken die Einnahmen für die kommunalen Haushalte aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche und dem teils drastischen Rückgang der Einwohner:innenzahlen.

Deshalb fordern wir gegenüber dem Bund:

- die strikte Einhaltung der Konnexität („Wer bestellt, bezahlt.“),
- eine umfassende Gemeindefinanzreform, die insbesondere den kommunalen Anteil am Gesamtsteueraufkommen anhebt,

- mehr finanzielle Eigenständigkeit durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer kommunalen Gemeindewirtschaftssteuer, die eine breitere Bemessungsgrundlage sowie die Einbeziehung der freien Berufe vorsieht,
- den im Koalitionsvertrag verankerten Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen rasch wirksam werden zu lassen – insbesondere in Hinsicht auf eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen.